



Die CDU/CSU - FDP - Bundesregierung plant:

„Steuersenkungen“ zu Lasten des Bochumer Haushalts

Die Soziale Liste Bochum sieht durch die Vereinbarungen von Steuersenkungen durch die Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP neue Belastungen auf den Haushalt der Stadt Bochum zukommen. Die vorgesehenen Steuersenkungen werden zu 42,5 % von den Ländern und zu 15 % durch die Städte und Gemeinden finanziert. Auf Bochum kommen rund 50 Mio. Euro Steuerausfälle zu. Für die Stadt Bochum bedeutet dies, dass das Haushaltssicherungskonzept nochmals überarbeitet und die neuen Steuerausfälle eingearbeitet werden müssen.

In den Koalitionsvereinbarungen sind darüber hinaus weitere Belastungen für die Städte geplant. Vor allem der angestrebte neuerliche Griff nach der Gewerbesteuer, die verschärfte Unterfinanzierung der Aufgaben nach dem SGB II (Kosten der Unterkunft), sowie Einsparungen bei der Kinderbetreuung und beim Öffentlichen-Personen-Nahverkehr werden neue Belastungen für die Stadt und ihre Bevölkerung bringen.

Vor allem sind die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt, die ALG II beziehen, von weiteren Belastungen betroffen, weil sie weder von der Erhöhung des Kindergeldes noch des Kinderfreibetrages oder der Steuerentlastung profitieren, aber von den Härten, sozialen Einschnitten und Leistungskürzungen in besonderem Maß betroffen sind.

Die Soziale Liste Bochum führt vor dem Hintergrund der unsozialen Politik der neoliberalen, bürgerlichen Bundesregierung und der Sparpolitik in Bochum Protestaktionen durch, die unter dem Motto stehen:

„Die soziale und kulturelle Eiszeit verhindern!“

Haushalts- und Finanzkrise der Stadt Bochum:

Das 360 Mio. Euro Sparpaket

Die Stadt Bochum muss innerhalb von fünf Jahren 360 Mio. Euro einsparen um die Vorgaben der Aufsichtsbehörde, dem Regierungspräsidenten in Arnsberg, zu erfüllen. Diese besagen, dass der Bochumer Haushalt bis zum Jahr 2015 dauerhaft jährlich um 100 Mio. Euro gesenkt wird.

Um dieses Ziel zu erreichen hat die Stadt jetzt ein „Haushaltssicherungskonzept 2009 für den Ausgleichsrahmen bis 2015“ erstellt. Nach Diskussion in den Bezirken und den Ausschüssen soll das Konzept am 17. Dezember im Rat beschlossen werden.

Die Pläne sehen vor, dass bei der Stadt eingespart werden:

- 17,4 Mio. Euro im Bereich Schule und Kultur
- 16,3 Mio. Euro im Bereich Soziales, Jugend und Gesundheit
- 15,2 Mio. Euro im Bereich Planen, Bauen und Umwelt.
- 7,0 Mio. Euro beim Personal (durch Personalabbau), Organisation und Sport.
- 5,0 Mio. Euro im Bereich Wirtschaft und Liegenschaften (u. a. durch Verkauf von Grund und Boden und weitere Privatisierungsmaßnahmen)
- 4,8 Mio. Euro bei den Bezirken und der Finanzverwaltung
- 3,0 Mio. Euro im Bereich Sicherheit und Ordnung.
- 1,4 Mio. Euro bei den politischen Gremien und repräsentativen Aufgaben

70,1 Mio. Euro

- 30 Mio. Euro sollen zusätzlich bei der allg. Finanzverwaltung eingespart werden sowie durch Gewinnabführungen der kommunalen Firmen, vor allem Stadtwerke (6 Mio. Euro, jährlich) und Sparkasse (4 Mio. Euro, jährlich) erzielt werden. Auch die Wohnungsgesellschaft VBW soll 4 Mio. Euro jährlich zusätzlich an die Stadt abführen.

Das Sparkonzept zeigt eine deutliche soziale Schieflage. Auch viele Bochumer Bürgerinnen und Bürger, Initiativen oder Organisationen, (z. B. der Kinder- und Jugendring) sehen das so. Während die so genannten Leuchtturmprojekte wie das Konzerthaus, der Kammermusiksaal, Schlosspark Weitmar etc., beibehalten werden sollen, werden die Folgen der verfehlten Finanzplanung der vergangenen Jahre wieder einmal den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt aufgebürdet. „Der Haushalt soll auf dem Rücken der Alten, Kranken, Schulkinder und BezieherInnen von ALG II konsolidiert werden,“ so hat es Christoph Nitsch, Vorsitzender der Sozialen Liste, kürzlich ausgedrückt.

Die Stadt verabschiedet sich schrittweise immer mehr aus der notwendigen Förderung der Kinder, wenn 12 bis 15 Schulstandorte und 8 Lehrschwimmbecken geschlossen werden, die Entgelte für die Musikschule steigen und Geschwisterkinder nicht mehr entgeltfrei Kindergärten besuchen können. Auch die Bildung ist ins Fadenkreuz der städtischen Sparzwänge geraten. So ist durch die Verknappung des Kursangebotes bei der VHS eine Bedrohung für die kulturelle Vielfalt in unserer Stadt zu befürchten. Die beabsichtigte Kürzung bei der „Übernahme der Kosten der Unterkunft“ wird fatale Folgen für das soziale Klima in der Stadt haben.

„Dies sind nur ein paar Punkte aus einem Haushaltskonsolidierungskonzept, das nur als Horrorkatalog bezeichnet werden kann“, kritisiert Nuray Boyraz, Ratsfrau der Sozialen Liste.

„Dieser ‚Bochumer Weg‘ ist eine Sackgasse in den sozialen und kulturellen Kahlschlag.“